



Neue Zürcher Zeitung

archiv.nzz.ch

Das Zeitungsarchiv der NZZ seit 1780

Herzlich willkommen im NZZ Archiv

Die von Ihnen bestellte Seite aus dem NZZ Archiv im PDF-Format:

Neue Zürcher Zeitung vom 10.04.1956 Seite a6

NZZ_19560410_A6.pdf

Nutzungsbedingungen und Datenschutzerklärung:
archiv.nzz.ch/agb

Antworten auf häufig gestellte Fragen:
archiv.nzz.ch/faq

Kontakt:
leserservice@nzz.ch

Adenauer aber Möbly damals überhaupt nicht erwähnt; sein Name drang auf andere Weise in die Zeitungsberichte ein. Bundeskanzler Adenauer betrachtet deshalb die Klage als gegenstandslos.

Die Streiks in Westdeutschland

Von unserem Korrespondenten

Ht. Bonn, im April

Westdeutschland hat, wie in diesen Spalten wiederholt verzeichnet wurde, einige *lohnpolitisch bewegte Jahre* hinter sich. Die Gewerkschaften erzwangen eine Lohnrunde nach der anderen, wobei die Tendenz, die Forderungen stets höher zu schrauben und sie immer unangiebiger zu vertreten, nicht zu verkennen war. Gerade im vergangenen Jahr nahmen die Lohnkämpfe nicht selten einen ziemlich dramatischen Verlauf, und allenthalben wurden Streikdrohungen laut. Verschiedentlich ließen sich Industriegewerkschaften von ihren Mitgliedern in Urabstimmungen ermächtigen, zur Durchsetzung ihrer Begehren allenthalts von der Streikwaffe Gebrauch zu machen.

Dieses robuste Verfahren ist hier allerdings üblich, und Streikmächtigungen brauchen denn auch nicht besonders tragisch genommen zu werden, und zwar auch dann nicht, wenn sie in den Urabstimmungen, wie es die Regel ist, mit übermächtiger Mehrheit erzielt werden. Die westdeutsche Arbeiterschaft ist zwar nicht gerade zurückhaltend bei der Ansetzung ihrer Lohnbegehren, jedenfalls war sie es gewöhnlich nicht in den beiden vergangenen Jahren, aber sie ist auch keineswegs darauf erpicht, es sich in Untätigkeit wohl sein zu lassen. So groteske Aussstände, wie sie aus England gemeldet werden, kennt man hierzulande nicht.

Den deutschen Gewerkschaften mangelt es einerseits weder an Selbstbewußtsein noch an Entschlossenheit, die materiellen Interessen ihrer Gefolgschaften wahrzunehmen; anderseits jagen sie aber auch keinen Chimären nach, sondern pflegen die berühmte Kunst des Möglichen, bleiben auf dem Boden der Realitäten und bemühen sich meist, die volkswirtschaftliche Vernunft nicht aus dem Auge zu verlieren. Die Heißsporne haben um so weniger Chance und Gewicht, als die deutschen Arbeiter in ihrer eindeutigen Mehrheit abenteuerlichen Extratouren baldig sind und Aussstände, die ja immer Verdienstaufälle bedeuten, keineswegs auf die leichte Schulter oder sogar bereitwillig in Kauf nehmen.

Das sind solide Korrektheit, ihr Grund ist ohne Frage der sprichwörtliche *Fleiß* der Bevölkerung. Zur geringen Streiklust trägt aber, wenn man den Soziologen glauben darf, auch die *deutsche Hausfrau* einen nicht geringen Teil bei. Man sagt ihr nach, sie hege für Streiks nicht die geringste Sympathie und schätze es ganz und gar nicht, wenn ihr Mann oder ihre Söhne den Arbeitsplätzen fernbleiben. Jedenfalls tragen auch die Gewerkschaften dieser Tatsache Rechnung; es ist kein unerheblicher Faktor in ihrer Kalkulation. Zur Dämpfung der Streikwilligkeit trägt im übrigen das *Teilzahlungsgeschäft* bei. Auf Monatsraten erworbene Fernsehapparate, Roller, Kleinwagen und andere relativ teure langlebige Konsumgüter binden an den Arbeitsplatz und erfordern mehr als Streikgelder, nämlich den vollen, ununterbrochenen Verdienst. Dergestalt macht der *höhere Lebensstandard*, in den breite Arbeiterschichten — vielfach auf Kredit — hineingewachsen sind und weiter hineinwachsen wollen, wenig streiklustig. Würde es sich bei den deutschen Arbeitern um *«Descamisados»* handeln, die wenig oder nichts zu verlieren haben, so wäre es damit zweifellos anders bestellt.

Wenn die Lohnbewegung in den letzten Jahren breit, die Streikbewegung hingegen nur sehr schmal war, so geschah es aber nicht zuletzt auch darum, weil die Arbeitgeber gleichfalls bemüht waren, die Lohnkonflikte nicht auf die äußerste Spitze zu treiben, den offenen Bruch nicht zu riskieren, und so statt dessen vielmehr ein weites Maß an Entgegenkommen an den Tag legten. Dies erhellen die folgenden Angaben des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften: Im Jahre 1955 wurden Tarifkündigungen für

7,14 Millionen Arbeiter und 1,7 Millionen Angestellte, also für rund die Hälfte der Gesamtzahl der in Westdeutschland Beschäftigten, ausgesprochen, wobei die durchschnittlichen Lohnbegehren zwischen 10 und 13,8 Prozent lagen. Neuabschlüsse erfolgten für 8,86 Millionen Arbeiter und für 2,36 Millionen Angestellte, wobei die Arbeiterlöhne um 5,2 bis 9,5 Prozent, die Angestelltengehalter um 5,2 bis 10,5 Prozent erhöht wurden. Diese Lohnzulagen müssen als verhältnismäßig hoch angesprochen werden. Die Breiten- und Tiefenrunden der gewerkschaftlichen Lohnpolitik war sehr beträchtlich.

Demgegenüber ist die Streikbewegung nur eine *Randerscheinung* von einer für die westdeutsche Volkswirtschaft durchaus unerheblichen Bedeutung geblieben. Nach den Ergebnissen der Streikstatistik haben in der Bundesrepublik im letzten Jahr zwar gegen 600 000 Arbeitnehmer gestreikt, doch sind dadurch nur etwa 850 000 Arbeitstage verloren gegangen. Der Ausfall beträgt etwa ein Fünftel Pro mille aller Tagesleistungen! In den Jahren 1953 und 1954 war die Zahl der Streikenden wohl sehr viel niedriger, doch gingen ja fast doppelt so viele Arbeitstage verloren.

Darin spiegelten sich die verschieden geäußerten Motive der letztyährigen Streiks wider. In den Vorjahren waren in etwa 97 Prozent aller Fälle *Lohnbegehren* der Anlaß zu Streiks. Demgegenüber entfielen 1955 zwei Drittel der verlorenen Arbeitstage auf Streiks aus anderen Gründen, namentlich auf den 24stündigen *Proteststreik* gegen eine Äußerung des *Großindustriellen Reusch*, die Mitbestimmung in der westdeutschen Montanindustrie sei seinerzeit von den Gewerkschaften *«brutal erpreßt»* worden. Infolge dieser politischen Aktion gingen 1955 nur knapp 30 Prozent der genannten 850 000 Arbeitstage durch Streiks wegen Lohnforderungen verloren, eine ungewöhnlich niedrige Quote. Die Lohnstreiks hatten denn auch ein überaus bescheidenes Ausmaß; es ergab sich daraus im Jahre 1955 ein Ausfall von bloß 250 000 Arbeitstagen gegenüber Verlusten von 1,57 und 1,48 Millionen in den Jahren 1954 und 1953.

Die stärksten Ausfälle verzeichneten die Wirtschaftsgruppen Bergbau mit 455 000, Eisen- und Metallgewinnung mit 123 000, Maschinen-, Stahl-, Eisen- und Fahrzeugbau mit 122 000, Baugewerbe mit 87 000 und Textilgewerbe mit 37 000 verlorenen Arbeitstagen. Die verhältnismäßige Bedeutung dieser Ausfälle für die einzelnen Industrien zeigen folgende Berechnungen des Statistischen Bundesamtes in *«Wirtschaft und Statistik»*: Von je 100 000 geleisteten Arbeitstagen gingen im Bergbau 23, in der Eisen- und Metallgewinnung 73, im Maschinen-, Stahl-, Eisen- und Fahrzeugbau 32, im Baugewerbe 24 und im Textilgewerbe 19 durch Streiks verloren.

Infolge des erwähnten umfassenden Proteststreiks gegen die Äußerung von Reusch entfielen auf einen Streikenden 1955 nur 1,4 Streitstage gegenüber 13,7 ein Jahr und 29,4 zwei Jahre zuvor. Klammt man die genannte Aktion aus, dann ergibt sich eine mittlere Streikdauer von 8,3 Tagen. Nur 3 Prozent aller Streikenden blieben ihren Arbeitsplätzen länger als eine Woche fern. *Wilde Streiks* — namentlich in Hamburger Werften, in den Bremer Hafenbetrieben und in der Lokomotivfabrik Henschel in Kassel — verursachten einen Ausfall von 146 645 Arbeitstagen. Durch *Aussperrungen* (Druckgewerbe in Nordrhein-Westfalen und Fahrzeugwerk in Bremen) wurden insgesamt etwa 10 000 Arbeitstage eingebüßt.

Besuch des dänischen Königspaares in Island

Me. Stockholm, 10. April

König Frederik von Dänemark und *Königin Ingrid* haben sich heute morgen im Flugzeug zu einem offiziellen Besuch nach Island begeben. Es handelt sich um die Erwideration eines Staatsbesuches, den der isländische Präsident und seine Gattin Dänemark abgestattet haben.

Das dänische Königspaar verweilt auf Island bis Freitagmorgen. Auf dem Rückflug ist bei günstiger Witterung ein kurzer Besuch in *Mestersvig* auf Grönland vorgesehen.

Neues zur Kontroverse um das Grönland-Blei

Aus der Presse Dänemarks ist zu entnehmen, daß das dänische Königspaar von Island aus an die Ostküste von Grönland fliegen wird. Der auf den 13. April festgesetzte Besuch gilt den 1948 entdeckten Erz- und Bleilager und der neuen dänischen *«Minenstadt»* *Mesters-Vig*. Nachdem jahrelang an der Erschließung gearbeitet worden ist — es wurden moderne Minen anlagen mit Flugplatz, Schiffshafen, Straßenbauten und Kraftwerken erstellt —, konnte nun im Februar 1958 endlich mit der großzügigen *Ausbeute* der Erz- und Bleilagerstätten begonnen werden, deren Wert dänischerseits schon mit rund 25 Milliarden Kronen angegeben wurde.

Bei dieser Gelegenheit ist es angezeigt, auf die für unsere Schweizer Grönlandforscher wenig erfreuliche Kontroverse um die Entdeckung dieser für Dänemark neuen *«Goldgrube»* zurückzukommen.

Überblickt man die seit bald acht Jahren dauernde Kontroverse über die 1948 entdeckten Erz- und Bleilager in Nordostgrönland, so fragt man sich, weshalb *keine neutrale Expertise* angeordnet worden ist. In diesem Streit stehen sich der Leiter der dänischen Grönlandexpeditionen, *Dr. Lauge Koch*, und der Schweizer Geologe *Dr. Hans Stauber* gegenüber. Dr. Stauber erhebt den Anspruch, daß ihm das *Hauptverdienst der Entdeckung* zukomme. Der Expeditionsleiter will diesen Anspruch nicht anerkennen. Allein die Dauer der Auseinandersetzung zeigt, mit welcher Zähigkeit man beiderseits auf den schon ganz am Anfang bezogenen Positionen beharrt, von denen grundsätzlich nicht abgewichen wurde, denn immer noch bleibt der Streitfall unerledigt. Die Nichtelegierung bedeutet aber für unseren Landsmann *Dr. Stauber* den Ruin seiner Existenz.

Am auffallendsten ist, daß bisher das nicht unternommen wurde, was doch durch die Umstände zwingend geboten erscheint: die *Untersuchung des Falles im Rahmen eines Kollegiums*, das die Beweise beider Parteien neutral prüft. Es wäre nicht das erstmal, daß auf diese Weise Streitfälle um Entdeckungen entschieden werden. Warum wird dieser Weg nicht beschritten? Dr. Stauber hat ihn schon oft worschlagen. Sein ganzes Bemühen geht ja dahin, seine Dokumentation über den Entdeckungsvorgang einer Untersuchungskommission vorlegen zu können. Diese Forderung wurde schon in vielen Schweizer Zeitungen erhoben, so auch in der *«NZZ»* (1953, 26. Sept. Nr. 2221 und 2. Juni 1954). Sie wurde sogar durch Vermittlung des Eidgenössischen Politischen Departements über unsere Gesandtschaft in Kopenhagen direkt dem Grönlandministerium vorgebracht. Minister Eske Brun, der Leiter dieses Ministeriums, hat aber bisher seine Einwilligung zur Aufnahme einer solchen neutralen Untersuchung verweigert!

Dr. Staubers langjährige und mühevole Befestigungen konnten den *Grönlandminister* zu zwei offiziellen Erklärungen veranlassen, die am 10. September 1953 und am 10. November 1955 abgegeben worden sind. Vom Grönlandministerium, das keine neutrale Instanz, sondern Partei ist, wird die Entdeckung als Teamwork erklärt. Doch diese Bezeichnung bildet eine nichtzusammenhängende Feststellung, denn es geht ja darum, zu untersuchen, *welcher Anteil Dr. Stauber an der Gesamtentdeckung zukommt*. Diese Frage berührt allgemein auch die schweizerische Wissenschaft im Hinblick auf solche «Schweizer Entdeckungen».

Soweit der Sachverhalt aus dem umfassenden Beweismaterial Dr. Staubers ergründet werden kann, hat er allein die *wissenschaftliche Vorbereitung* geleistet, alle drei wichtigen Quarzgänge und von den insgesamt vierzehn Erz-Fundstellen in diesen Quarzgängen elf allein gefunden. Den drei Studenten, die unter Dr. Stauber arbeiteten, gelangen drei wichtige Erzfunde, doch dies nur dank den Anleitungen, die ihnen Dr. Stauber erteilt hatte. Sind das nur Behauptungen? Dr. Stauber kann den Vorgang der Entdeckungen mit Arbeitsrapport, Tagebuch, Sammlungen, Planskizzen, Photos und anderem Material Punkt für Punkt belegen!

Besitzen die Herren Dr. L. Koch und Eske Brun Gegenbeweise? Wenn ja, warum stoßen sie denn die Möglichkeit zurück, diese vorzulegen und so Dr. Stauber der Annahme ihm nicht gehöriger Verdienste zu überführen? Warum haben sie sogar mehrere *irreführende Entdeckungsversio-*

nen? Viele andere Vorkommen während des Verlaufs der Kontroverse müssen die Vermutung zur Gewißheit verleiten lassen, daß man von dänischer Seite mit allen Mitteln eine Expertise verhindern will. Warum wird das einzige Verfahren, das zur Ergründung der Wahrheit führen kann, hintertrieben? Die zwangsläufige Folgerung kann nur sein: Man wünscht gar nicht, daß die Wahrheit über die Erz- und Bleilagerdeckung in Nordostgrönland ergründet wird!

Dies kann aber nur ein weiterer Anhaltspunkt dafür sein, daß Dr. Stauber im Recht ist, wenn er das maßgebliche Verdienst an der Entdeckung beansprucht. Darum muß erneut und mit Bestimmtheit eine *Expertise gefordert werden*. Weil zur Durchsetzung dieser Forderung die dänischen Gesetze keine Rechtsgrundlagen bieten, bleibt Dr. Stauber auf die Unterstützung jener Kreise in der Schweiz und in Dänemark angewiesen, denen Recht und Ehre noch etwas gelten!

Prof. Dr. Arnold Heim

Eine internationale Grönland-Expedition

Grindelwald, 9. April, ag Wissenschaftler aus acht Ländern haben, vom 3. bis 8. April in Grindelwald und in der hochalpinen Forschungsstation Jungfraujoch unter dem Vorsitz von Prof. R. Haefeli das wissenschaftliche Programm und die Organisation der internationalen *grönland-Expedition* bereinigt.

Grönland weist den größten Gletscher der nördlichen Hemisphäre auf. Die Eismasse ist fünfmal größer als die Gesamtoberfläche Frankreichs. Sie würde einer Wasserschicht von 7 Meter Höhe, auf die ganze Meeresoberfläche der Erde verteilt, entsprechen.

Die ins Auge gefaßte *mehrjährige Gletscher-Expedition* steht unter dem Patronat der Kommission für Schnee und Eis der internationale Vereinigung für wissenschaftliche Hydrologie (Internationale Union für Geophysik und Geodäsie = IUGG). Diese Kommission hat die Initiative für die Expedition ergriffen und mit der Durchführung und Leitung den Direktor der französischen Polarexpeditionen, *Paul Emile Victor*, beauftragt. Als wichtigste Teilnehmerstaaten haben sich bisher Deutschland, Dänemark, Frankreich und die *Schweiz* angemeldet.

Die Expedition, die während des internationalen *Geophysikalischen Jahres* beginnt, soll nicht nur die Arbeiten großer früherer Expeditionen (A. de Quervain, J. P. Koch und A. Wegener sowie der französischen Polarexpeditionen) weiterführen, sondern auch die Grundlagen schaffen für die *kontinuierliche Beobachtung des Verhaltens des Inlandeises* auf lange Sicht.

Schluß des redaktionellen Teils

CHAMPION Zündkerzen

Selbst einem halben Jahrhundert befasst sich Champion ausschließlich mit der Fabrikation von Zündkerzen und mit der Entwicklung noch besserer Typen. Befolgen Sie den Rat von Automobil-Konstrukteuren: lassen Sie Ihre Zündkerzen jeweils nach 8000 km prüfen... und nach 15000 km durch neue vollzündende, *5rillige Champion ersetzen.

In allen Garagen erhältlich

CHAMPION

Zündkerzen

In Kartonpäckli, ohne Filter
Im Papierpäckli mit bestem Filter
neu in gelbem Papierpäckli, mit
Korkmundstück, ohne Filter

-95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-

95

.-